

Breslauer Zeitung.

Biertäglicher Abonnementsspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl.
Porto 2 Thlr. 11½ Sgr. Inserionsgebühr für den Raum einer
fünftägigen Zelle in Pettitschrift 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 48. Mittag-Ausgabe.

Fünfundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 29. Januar 1864.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Wien, 28. Jan. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten standen: 1) Bericht des Finanzausschusses über den Gesetzentwurf, betreffend die Eröffnung eines außerordentlichen Credits an das Kriegsministerium (für das Jahr 1864) in Höhe von 10 Millionen Gulden. 2) Die herbstliche Resolution. Der Abgeordnete Gisela erstattete den Bericht Namens der Commission. Hierauf vertheidigte der Ministerialrat Freiherr v. Biegeleben die Politik der Regierung. In Bezug auf das Zusammensehen mit Preußen äußerte derselbe: Die Regierung könne sich nicht prinzipiell gegen ein Zusammensehen mit Preußen erklären. Alle Streitigkeiten zwischen Österreich und Preußen während der letzten 15 Jahre hätten den Charakter gehabt, daß sie Österreich nöthigten, behufs Erhaltung seiner Stellung in Deutschland so zu handeln, wie es handelte. Österreich werde seine deutsche Stellung behaupten, ja auch gegen Preußen. Sofern aber diese deutsche Stellung nicht angegriffen werde, werde Österreich jederzeit gern Preußen die Brüderlichkeit reichen. Es sei ein nicht zu unterschätzendes Resultat, daß gegenwärtig österreichische Bataillone vereint mit preußischen ziehen. Die gegenseitigen Antipathien zwischen Österreich und Preußen würden verschwinden. Die Sympathien für Österreich, die anderwärts jetzt verloren gingen, würden wieder erwachsen, weil man Österreich achten werde, weil man begreifen werde, daß es nach Recht und Gewissen handle. Die Regierung könne hoffen, daß der Erfolg ihre Erwartungen krönen werde.

Darauf sprach der Abgeordnete Berger gegen die Politik der Regierung. Die Lehmliegung des Bundes und die Allianz mit dem Österreich feindlich gesinnten Ministerium Bismarck sei das Resultat der gegenwärtigen Aktion. Berger sprach die Befürchtung einer späteren abermaligen Isolirung Österreichs aus. Er leugnete, daß das Vorgehen der Großmächte die Successionsfrage offen gelassen habe. Schließlich beantragte er, der Regierung in einer Resolution zu empfehlen, in einer der Stellung Österreichs in Deutschland entsprechend Politik einzulegen, und in diesem Falle der Regierung einen außerordentlichen Credit von unbekannter Höhe, im anderen Falle aber nur den Matrikularbeitrag zu bewilligen.

Nach Berger sprach Brinz für den Antrag des Ausschusses und für das Successionsrecht des Herzogs von Augustenburg.

In die Rednerliste haben sich noch 15 Redner einschreiben lassen. Morgen Fortsetzung der Debatte.

Hamburg, 28. Jan. Zur Ueberführung des General-Feldmarschalls Freiherrn v. Wrangel und seines ganzen Generalsabes nach Kiel sind auf morgen Vormittag zwei Extrajüge bestellt worden.

Hamburg, 28. Jan. Fünf Grad über Null; Regenwetter. Der „Hamburger unparteiische Correspondent“ enthält folgende Nachricht aus Kopenhagen vom 27. In einer Debatte des Landstings erklärte der Conseil-Präsident Monrad: Die Auhebung der November-Versaffung werde mit freier Einwilligung des Reichsrathes geschehen, und die neuen Zustände würden sich unmittelbar daran schließen. Ploug fragte, ob die Bildung eines Schleswig-Holstein oder die völlige Selbstständigkeit Schleswigs beabsichtigt werde. Monrad erwiderte: Nein, auch nicht die Teilung Schleswigs. Ploug drohte eventuell mit einer Volksbewegung; worauf Monrad erklärte, er werde einer solchen mit den äußersten Mitteln begegnen. (Zum Theil gemeldet.)

Die Abreise des Königs nach Schloss Gottorp ist durch den hoffungslosen Zustand der Mutter der Königin verzögert worden. Der Courierwechsel zwischen Kopenhagen und London ist äußerst lebhaft.

Aus Stockholm wird gemeldet, daß der Gesundheitszustand des jungen Herzogs von Österland sehr bedenklich sei.

Preußen.

Berlin, 28. Jan. [Amtliches.] Der bisherige Kreisrichter Otto zu Neustadt in Westpreußen ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte dasselbst und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Marienwerder, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Neustadt, ernannt worden.

Berlin, 28. Jan. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: der Gräfin Hedwig Saurma, geborene Gräfin Schaffgotsch zu Jelitz, im Kreise Orlau, zur Anlegung des von Ihrer Majestät der Königin von Bayern ihr verliehenen Theresien-Ordens zu ertheilen.

Berlin, 28. Jan. [Ihre Majestät die Königin] ist soweit hergestellt, morgen auf dem königlichen Schlosse zu erscheinen.

(St.-Anz.)

[Regelung zwischen dem Kriegsminister v. Roon und dem Bundesgeneral v. Hake.] Aus Dresden schreibt man der „A. 3.“ unterm 23. Januar: Die „Weimarsche Ztg.“ bringt unterm 21. Jan. die Neuigkeit, daß der Durchmarsch der preußischen Truppen durch Holstein in Folge von Verhandlungen zwischen dem Kriegsminister v. Roon und dem Commandirenden der Bundesstruppen in Holstein, General von Hake, geregelt sei. Es dürfte von Interesse sein, etwas Näheres über diese „Regelung“ zu erfahren, und ich theile deshalb mit, was hier darüber Zuverlässiges bekannt ist. Herr v. Roon hat als königl. preußischer Kriegsminister an den General v. Hake ein Schreiben gerichtet, in welchem er den bevorstehenden Einmarsch der preußisch-österreichischen Truppen in Schleswig angezeigt, und gleichzeitig den General v. Hake auffordert, sich unter den Befehl des Feldmarschalls von Wrangel zu stellen und sich an den österreichisch-preußischen Operationen mit seinen Truppen zu beteiligen. General v. Hake hat, wie von diesem nicht anders zu erwarten war, in seiner Antwort hierauf einfach auf seine Stellung als Bundesgeneral hingewiesen und soll sein desfallsiges Schreiben nicht nur durch Correctheit und Festigkeit sich charakteristiren, sondern auch in einer so gewandten und seiner Form abgesetzt sein, daß man dem alten sächsischen General selbst in Berlin die verdiente Anerkennung hierfür nicht vorenthalten hat. Das ist die „Regelung“, welche in dieser Angelegenheit zwischen Hrn. v. Roon und General v. Hake stattgefunden hat, und hierauf bezieht sich wahrscheinlich auch die „anerkannte Billigung“, welche nach einem frankfurter Telegramm des „Dresd. Journals“ dem Verhalten des Generals v. Hake in der gestrigen Bundestagsitzung gezeigt worden ist.

[Reserven.] Heute Morgen kamen wieder zwei größere Transporte Reserven aus der Rheinprovinz und Westfalen hier an. Bis morgen sollen sämtliche einberufenen Reserven für das Gardekorps eingetroffen sein.

[Die neulich auf Beschuß des Abgeordnetenhauses aus ihrer Untersuchungshaft entlassenen polnischen Abgeordneten] hatten, einen ausgenommen, vor dem Schluß des Abgeordnetenhauses Urlaub genommen. Der hier Gebliebene wurde am 25.

Nachmittags — nach dem Schluß des Landtags — wieder zur Untersuchungshaft eingezogen.

[Preßprozeß.] Die Nr. 121 der „Börszeitung“ vom 28. Mai v. J. veröffentlicht den bekannten Aufruf des Nationalvereins, unter der Überschrift: „Der Ausschuß des Nationalvereins an die Vereinsmitglieder“, in Folge dessen gegen den Redakteur Holdheim die Anklage aus § 101 des Strafgesetzbuchs wegen Schmähung von Maßnahmen der Staatsregierung erhoben wurde. Obwohl der Angeklagte angab, daß er den Artikel vor der Verhöhnung nicht gelesen habe, so nahm die Richter ersten und zweiten Instanz an, daß er verpflichtet sei, den Beweis für diese seine Angabe zu führen und verurteilten ihn, da dies nicht gelingen, zu 14 Tagen Gefängnisstrafe. Die von Herrn Holdheim gegen das Ereignis eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde ist vom k. Ober-Tribunal zurückgewiesen worden, indem der höchste Gerichtshof angenommen hat, daß ohne einen überzeugenden Gegenbeweis der Redakteur als Urheber oder mindestens als Theilnehmer eines in dem von ihm redigierten Blatte erschienenen Artikels anzusehen verden müsse. Der Redakteur bleibe auch verantwortlich, wenn er durch Abwesenheit oder andere Gründe an der Bevorzugung der Redaktion gehindert sei, so lange nicht ein anderer verantwortlicher Stellvertreter bestellt sei.

[Die preuß.-österreich. Convention.] Der „Wien. Presse“ wird von hier telegr.: Preußen wird in Wien in Erwägung der neuzeitlich festgestellten Kriegs-Eventualitäten eine Ergänzung und Erweiterung der in Bezug auf die Occupation Schleswigs abgeschlossenen Convention beantragen. Vielleicht gehen die formulirten Vorschläge noch heute ab.

[Die Stellung Frankreichs zur deutsch-dänischen Frage.] Es bestätigt sich, daß Frankreich die zuwartende Stellung, die es der brennenden Tagesfrage gegenüber einzunehmen zu wollen schien, ausgegeben hat. Hr. Drouyn de Lhuys unterstützt bei den deutschen Großmächten die Forderung einer Frist, welche England für Dänemark auszuwirken sucht. Zwar ist das Ansuchen nicht in der Form von Noten oder dergl. gestellt, wie die Zeitungen es vorauszusehen schienen, sondern nur als vertrauliche Mittheilung, aber das pariser Cabinet ist damit aus seiner bisherigen Passivität herausgetreten und betrachtet, in einer der Stellung Österreichs in Deutschland entsprechend Politik einzulegen, und in diesem Falle der Regierung einen außerordentlichen Credit von unbekannter Höhe, im anderen Falle aber nur den Matrikularbeitrag zu bewilligen.

[Berichtigung.] Die „Kreuzzeitung“ schreibt: Die Nachricht, daß Feldmarschall v. Wrangel am 28. d. Mts. eine Aufforderung an die Dänen richten werde, Schleswig zu räumen, wie der „Königlichen Zeitung“ geschrieben wird, beruht nur auf Vermuthung und hat keinen thathaften Anhalt.

[Das Hauptquartier Sr. kgl. H. des Prinzen Friedrich Carl,] welches demnächst nach Kiel verlegt wird, befand sich in den letzten Tagen in Plön.

[Die Aufregung der Gemüther.] Der „Europe“ wird unter dem 25. d. Mts. von Paris telegraphirt: Österreich und Preußen beschäftigen so eben England und Frankreich, die Gemüther seien in Deutschland so aufgeregzt, daß es gefährlich sei, Dänemark einen Aufschub zu bewilligen. Die Unterhandlungen zwischen Paris, London, Wien und Berlin werden fortgesetzt, aber ohne Hoffnung auf Erfolg.

[Zur Anleihe] schreibt die „B. B. 3.“: Herr Ludwig v. Erlanger aus Frankfurt a. M. hat sich von Montag Früh bis gestern Abend hier aufgehalten. Man hat in hiesigen Blättern diese Unwesenheit mit Verhandlungen wegen Negocierung einer preußischen Anleihe in Verbindung gebracht. Wir sind in Folge davon autorisiert, zu erklären, daß weder das Bankierhaus Raphael Erlanger, noch das bekannte Consortium, mit dem es seine großen Operationen gewöhnlich gemeinschaftlich zu machen pflegt, im entferntesten daran denkt, unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen eine von der Landesvertretung nicht autorisierte preußische Anleihe zu übernehmen. Es entbehrt deshalb jeden Anhaltes, die Anwesenheit des Herrn Ludwig v. Erlanger, der völlig andere Zwecke zu Grunde lagen, hiermit in Verbindung zu bringen.

— Nach einem Artikel der ministeriellen „Prov.-Corresp.“ soll die Aufführung an das kopenhagener Kabinett erneuert werden, sobald die diesseitigen Truppen an der Eider stehen. Heute hier eingehende Nachrichten von den diesseitigen Truppenheilen in Holstein bestätigen übrigens, daß auch die Armee den Einmarsch für heute erwartete. [Berichtigung.] Die „Nordd. A. 3.“ schreibt: Der „Köln. 3.“ wird aus Kopenhagen telegraphirt: daß der König von Preußen an einen Herzog von Augustenburg einen Adjutanten geschickt habe, der mit einer geheimen Sendung betraut sei. Es ist kaum nötig, zu bemerken, daß diese Nachricht auf Erfindung oder mindestens auf einem Mißverständniß beruht.

[Das linke Centrum] wird bis zum nächsten Landtag durch einen „geschäftsführenden Ausschuß“ vertreten sein, der aus 15 Abgeordneten besteht: Arnim, Behm, v. Benda, v. Bunzen, Carloni, Gneist, Haack (Stendal), Graf v. Hake, Hinrichs, Klingken, Kuhlwein, Lette, Mathis, Pischel und Schröder.

[Ehrengeschenk.] Gestern Nachmittag überreichte eine Deputation der deutschen Fortschrittspartei und des linken Centrums dem Präfidenten Grabow Namens beider Fractionen ein Weihgeschenk, bestehend in drei silbernen Fruchtschalen, als Zeichen freundlichen Andenkens. Der Abgeordnete Parrissius-Brandenburg hielt eine kurze Anrede, in welcher er das Geschenk als ein Zeichen persönlicher Zuneigung und dankbarer Anerkennung kennzeichnete. Der Präfident dankte in bewegten Worten.

[Posen, 28. Jan. [Erkenntnis.]] Nach vierjähriger Verhandlung ist heute Vormittag in der Untersuchungshalle wider die auf dem Kernwerk inhaft gewesenen Polen das Erkenntnis publicirt worden. Dasselbe lautet bei zwölf Angeklagten auf gänzliche Freisprechung; die übrigen zwanzig sind unter Freisprechung von der Anklage des Aufruhs nur der Theilnahme an unbefugt gebildeten bewaffneten Haufen für schuldig befunden und stecken zu einer Woche, zwei zu vierzehn Tagen und einer zu einem Monat Gefängnis verurtheilt worden; gleichzeitig ist auf Confiscation der in Beschlag genommenen Waffen und Waaren vorläufige erlassen worden. Von den zwölf Freigesprochenen sind zehn bereits gestern auf den Antrag ihres Bertheidigers freigelassen worden. Den genaueren Bericht über die Verhandlungen werden wir morgen bringen. (Ostd. 3.)

[Essen, 26. Jan. [Als ein amfiantes Curiosum] theile ich Ihnen mit, daß auf einem Briefe, den unser Hr. Abgeordnete gestern, den 25. d. Nachmittags, mit dem üblichen Abgeordneten-Bericht in Berlin nach hier zur Post gegeben, der bezeichnete Bericht seitens der Postverwaltung durchstrichen war. Der Brief wurde dadurch mit 3 Sgr. portopflichtig. Vielleicht haben die Abgeordneten für den letzten Tag, weil ihre Thätigkeit um 4 Uhr Nachmittags zu Ende war, nur 2 statt 3 Thlr. erhalten, da sie ja nur ⅓ des gestrigen Tages in Function gewesen sind. (Eß. 3.)

Deutschland.

Frankfurt, 26. Januar. [Das Erbfolgerecht in Lauenburg.] Der von Weimar, Meiningen und Coburg-Gotha beim Bundesstag wegen ihrer Erbfolgerechte auf Lauenburg gestellte Antrag lautet wörtlich:

„Indem die großsächsische Regierung und die herz. Regierungen von Sachsen-Meiningen und Sachsen-Coburg-Gotha die bereits in den letzten Jahrzehnten abgegebenen Erklärungen und Proteste zur Wahrung des Erbfolgerechts in das Herzogthum Lauenburg wiederholen, stellen sie zugleich, mit veranlaßt durch die neuesten Vorgänge und insonderheit durch mehrere in das Protocoll der 39. Sitzung am 28. November niedergelegte Neuerungen, folgenden dringlichen Antrag:

In Erwägung, daß Se. Maj. der König Christian von Dänemark nicht mehr Mitglied des deutschen Bundes ist, Allerhöchsteselbigen auch rechtlich begründete Ansprüche auf das Herzogthum Lauenburg in keiner Weise zu stehen, gleichwohl von Allerhöchstes, öffentlichen Nachrichten gemäß, das gesuchte Herzogthum fortwährend mit k. dänischen Truppen besetzt gehalten, jeder Beamte zur Ableistung des Huldigungseides angehalten und überbaudt die Regierungsgewalt auf gewaltsamem Wege ausgeübt wird, hiernach aber offenbar eine flagrante Rechtsverletzung des deutschen Bundesgebietes vorhanden ist;

in Betracht, daß nach früheren Vorgängen, welche zur Kenntnis der hohen Bundesversammlung gebracht sind, von mehreren Fürsten, insbesondere auch von dem S. Ernestinischen Gesamtstaate Ansprüche auf die Succession in das Herzogthum Lauenburg erhoben worden, worüber s. B. nach Art. XI. der deutschen Bundesakte und Art. XXI. der wiener Schlussecke weiter zu verfahren, außerfalls eine richterliche Entscheidung durch eine wohlgeordnete Austragalinstant zu betreiben ist;

endlich nach Einsichtnahme des Art. II. der deutschen Bundesakte und des Art. I. der wiener Schlussecke, wonach u. A. die Unterwerfung der einzelnen deutschen Bundesstaaten Zweck des Bundes ist, der Art. XXXVIII. und XXXIX. der wiener Schlussecke, wonach bei der Bedrohung eines feindlichen Angriffes, noch mehr aber bei einem feindlichen Überfall die dort näher bezeichneten Maßregeln ungesäumt zu treffen sind, so wie die nach Artikel XI. ebendaselbst die Mitglieder des deutschen Bundes versprochen haben, jedem einzelnen Bundesstaat gegen jeden Angriff in Schutz zu nehmen, da nach Artikel XXI. und XXV. der wiener Schlussecke die Bundesversammlung nicht bloß das Recht, sondern auch die Verbindlichkeit hat, für die Wohlziehung der Bundesakte und der übrigen Grundgesetze des Bundes zu sorgen und vollen Rechtsschutz zu gewähren, nicht bloß durch die Rücksicht auf das Herzogthum Lauenburg, sondern auch durch die Rücksicht auf die Succession in Anspruch nehmenden Fürsten geboten ist;

protegieren die Regierungen von S. Weimar, S. Meiningen und S. Coburg-Gotha sowohl gegen die Thronbesteigung Sr. Maj. des Königs Christian IX. von Dänemark, als auch des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, bei welchen überdies auch direkt diese Protestation erhoben worden ist, hinsichtlich des Herzogthums Lauenburg, sowie gegen die Succession der Linie Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg in das Herzogthum Lauenburg, und beantragen, unter Vorbehalt weiterer Erklärung: 1) weder der König Christian IX. von Dänemark noch den Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg als Herzog von Lauenburg anzuerkennen, vielmehr 2) die Verwaltung des Herzogthums Lauenburg vorläufig Namens des deutschen Bundes ohne Verzug in militärischen Schutz und in Verwaltung zu nehmen, bis auf bundesverfassungsmäßigem Wege entschieden ist, welchem der die Succession in Anspruch nehmenden Fürsten die Regierung übertragen werden kann; 3) überhaupt die legitimen Successionsrechte deutscher Fürsten in das Herzogthum Lauenburg zu wahren und zu schützen und keine Beeinträchtigung in irgend einer Weise zuzulassen.“

Mainz, 27. Januar. [Urtheilsverkündigung im Prozeß Warburg.] In der Sitzung des Bezirksgerichts wurde heute das Urtheil gegen Warburg und Gen. wegen der Broschüre „Schwester Adolph“ verkündet. Warburg ist zu 6 Monaten Correctionshaus, auf welche 2 Monate der Untersuchungshaft abgerechnet werden sollen, und 100 Fl. Geldbuße, Baist zu 2 Monaten Haft und 100 Fl. Geldstrafe verurtheilt, ferner sind beide solidarisch zur Tragung der Kosten verpflichtet. Der der Verbreitung der Broschüre angelagte Buchhändler Jourdan ist freigesprochen. (Tel. d. N. Fr. 3.)

Darmstadt, 27. Januar. [Vorbereitung Rüstungen.] Die heutige „Landes-Zeitung“ meldet von Mainz: 25. Januar: Von unterrichteten Seiten versichert man, daß wohl demnächst die Befehle zur Armierung und Verproviantirung der hiesigen Festesfestung eingetragen werden dürfen; und vom Rhein, 24. Jan.: Auch das 8. preußische (rheinische) Armeecorps wird mobil gemacht; die Einberufungsbefehle wurden den Beteiligten bereits zugestellt. Marschordres wurden bis jetzt nicht erlassen; man glaubt aber nicht, daß diese Maßregel mit der holsteinischen Frage zusammenhänge.

Harburg, 25. Jan. [Die preußischen Truppen.] Die „N. Hann. Ztg.“ meldet: Der Transport der preußischen Truppen über die Elbe ging gestern noch fortwährend ungefähr vor sich. In der verflossenen Nacht hatte jedoch der lebhafte Westwind dermaßen auf das Eis gewirkt, daß man heute Morgen die Passage der Fuhrwerke über die Elsbahn nicht mehr gestatten zu dürfen glaubte. Daher sind heute die gestern Nachmittag hier ankommenden Truppen: Munitions-Colonne und Sanitäts-Compagnie, welche hier Quartier nahmen, mittel der Ziehfähren übergesetzt, für welche man gestern bereits Bahn gesägt, und die heute Mittag vollendet wurde, worauf sofort der Übergang der genannten Truppen begann. Die letzten, heute Morgen ankommenden Mannschaften (zwei Batterien Artillerie) werden morgen übergesetzt.

△ **Hamburg,** 27. Jan. [Irrege Friedenshoffnungen.] Die politische Spannung hat hier mit Rücksicht auf die schleswig-holsteinische Angelegenheit einen unglaublichen Höhepunkt erreicht, und werden Sie sich aus dem Grunde einen Begriff darüber bilden können, welche freundliche Aufnahme unter den heutigen Besuchern der „Borsen-Halle“ das die Ernennung des schleswigschen Reichsrath-Wahl-Kommissionen meldende kopenhagener Telegramm fand, indem man darin die bevorstehende Einberufung des dänisch-schleswigschen Reichsrath zum Zwecke der verfassungsmäßigen Zurücknahme der Verfassung vom 18. November v. J. erblicken wollte, und in dem Gerüchte, betreffend die Bereitwilligkeit Preußen-Oesterreichs zur Einleitung von neuen Verhandlungen mit dem kopenhagener Kabinett, einen besondern Inhalt fand. Für mich aber, der ich so lange in Dänemark gelebt habe, daß mir kein Däne von politischer Bedeutung fremd ist, gestaltet sich die Sache ganz anders. Wir sind die Versuche der kopenhagener Politiker auf jeglichen Zeitgewinn nicht fremd, und obendrein weiß ich aus den einzelnen Bestimmungen des neuen dänisch-schleswigschen Reichsrath-Wahlgesetzes, daß die eiderdänischen Gebiete des am 1. d. M. verschollenen Rumpf-Reichsrathes dafür sorgten, sich bei den etwa auszuschreibenden und jetzt also ausgeschriebenen Wahlen den ersten Einfluß und das vollkommene Übergewicht zu sichern. Mögen deshalb die hiesigen Borsenmänner sich

Kiel, 27. Januar. [Wahlreiten der Truppen.] — Die Wahlen in Schleswig. — [Desertion.] Gestern Abend um 11½ Uhr durchzogen vier Staffetten die Straßen Kiels. Es war plötzlich Befehl zum Vorgehen der Avantgarde gekommen, und dieser Befehl mußte den in der Umgegend von drei Meilen um Kiel, cantonnirenden Truppen überbracht werden. Kavallerie, welche den Ordonnaudienst versehen könnte, steht zur Zeit noch nicht hier. Von morgen an dürfen nun die Truppenbewegungen gegen den Kanal beginnen. — Die durch das Telegramm in Ihrer Zeitung hier bekannt gewordene Nachricht, daß zu den Wahlen in Schleswig für den Reichsrath in Kopenhagen die königliche Sanction ertheilt worden sei, ist die erste offizielle Bestätigung der geschehenen Incorporirung. Es ist möglich, daß man die Zurücknahme der November-Verfassung auf legalem Wege versuchen wird; das Gelingen des Unternehmens dürfte jedoch bezweifelt werden. Hier sieht man diese Nachricht allgemein als einen Grund zur Beschleunigung der kriegerischen Ver- und Entwickelungen an. — Die Desertionslust im dänischen Heere steigt von Tag zu Tag. Jeder Morgen bringt die Nachricht von der Ankunft Uebergetretener, die sämtlich sich dem Herzog zur Verfügung stellen, und von dem Unterstützungscomite eine tägliche Gratifikation von 1 Mark Courant ausgeschüttet erhalten. (H. N.)

Italien.

Genua. [Garibaldi.] Der „Movimento“ wurde am 18. d. M. sequestriert, weil er eine Adresse der noch lebenden Ueberbleibsel der Tausend von Marsala an Garibaldi und dessen Antwort gedruckt hatte. Diese Antwort lautet:

Caprera, 7. Januar 1864.
Uebriggebliebene! Femehr versorgt, um so glorreicher. Auserwählte eines Heldengedächts, ihr haltet euer Wort, und ich erwarte euch. Die Stunde kommt, die müßt kommen, in welcher die Italiener zur Einigkeit gelangen und den Arm erheben; dann werde ich euch Uebriggebliebene verlämmeln. Unwandelbar! Die heilige Legion der Avantgarde muß den Andern zurufen, so folgt den Fußstapfen der Tausend! Und du heiliger Name, der du die Tyrannen zittern, die Feigen vor Scham erbeben möst und mich vor Bewegung erhebst, empfange mein Versprechen und meinen Schwur.

G. Garibaldi.

[Das Rundschreiben Peruzzi's.] Die in Mailand erscheinende „Unita Italiana“ vom 23. d. M. meint, der Sinn des gegen die Actions-Partei gerichteten Rundschreibens des Herrn Peruzzi, Ministers des Innern, lasse sich in folgender freien Uebersetzung wiedergeben: „Wenn jemals das Land daran dachte, das Land retten zu wollen, so würden wir, so oft es nötig sein sollte, Aspromonte wiederholen, um Garibaldi und seine lärmenden Anhänger für immer zum Schlafen zu bringen.“

Rom, 20. Jan. [Haussuchungen. — Kisselow.] Die französische Polizei hielt bei vier ehemaligen Beamten Haussuchung, welche mit dem neuesten Complotte wider den Kaiser der Franzosen in Verbindung stehen sollen. Doch das Ergebnis der Maßregel lieferte dafür keinen Beweis. Dass übrigens die Fäden des Attentats bis hierher reichen, scheint außer Zweifel. — Hr. v. Kisselow ist zur Disposition gestellt; eine Neuerung des heiligen Vaters in der Audienz, welche die Großfürstin Marie hatte, soll wesentlich zu dieser Entscheidung beigetragen haben. (K. B.)

Frankreich.

Paris, 26. Jan. [Mexico.] „La France“ sagt: „Wir haben über Havannah Privatnachrichten aus Vera-Cruz vom 29. Dezember erhalten. Bis zu diesem Datum hatten, wie aus Mexico gemeldet wurde, von den 23 Provinzen bereits 17 das Votum der Notablen-Versammlung, welches den Erzherzog Maximilian auf den Thron von Mexico beruft, ratifiziert. Diese Ratification fand durch die Vermittelung der Municipalitäten statt. Außerdem hat die indianische Bevölkerung sich überall vermittelst Adressen in demselben Sinne ausgesprochen. Aus diesen Thatsachen ergibt es sich, daß dem Wunsche des Erzherzogs gemäß die große Majorität der Einwohner (?) zu seinen Gunsten votirt hat.“

[Fürst Metternich] hatte gestern eine längere Unterredung mit Herrn Drouyn de Lhuys. Der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten führte dieselbe Sprache, wie die englischen Journale, indem er die große Verantwortlichkeit hervorhob, welche Österreich durch seine Politik in dem dänisch-deutschen Conflict auf sich lade und der gleichen mehr.

[Algier.] Bei Gelegenheit der neulichen Verhandlungen über Algier gab der Reg.-Commissar Gen. Allard einen Bericht über den Zustand jener Kolonie, woraus hervorgeht, daß es mit der franz. Einwanderung dort noch sehr viel bestellt ist, indem sich jetzt nur 112,229 Franzosen dafelbst niedergelassen haben, von denen kaum der vierte Theil Ackerbau treibt, während die übrigen eine nomadistische und schwer bejimmbare Beschäftigung haben. Eben darauf gründet das Ministerium die Unstabilität einer Vertretung Algeriens im gesetzgebenden Körper, welche die Opposition gefordert hatte. Dagegen wies in einzelnen Productionsbranchen der Regierungs-Commissar allerdings den Aufschwung der Kolonie überzeugend nach, so in Betreff der Wollproduktion. In der Periode von 1840—50 hatte man dafür durchschnittlich nicht mehr als 500,000 Frs. eingenommen. Dagegen betrug im Jahre 1853 die algierische Wollproduktion bereits 5,882,000 Kilogr. im Werth von 5,900,000 Frs., im J. 1859 — 7,278,000 Kil. im Werth von 9,718,000 Frs., im J. 1861 — 6,583,000 Kil. im Werth von 19,749,000 Frs., in 11 Monaten des Jahres 1863 — 4,716,000 Kil. im Werth von 17,450 Frs. Der eintrittende Factor des amerikan. Krieges ist hier wohl unverkennbar.

Spanien.

[St. Domingo. — Presamnestie.] Der „Correspondencia“ vom 23. Januar zufolge ist im letzten Ministerrathe der Beschluß gefaßt worden, große Kriegsverstärkungen und bedeutende Geldsummen nach San Domingo abgeben zu lassen. Alles berechtigte, zu hoffen, daß diese großen Opfer nicht nutzlos gebracht werden seien, sondern daß man dadurch zur Pacification gelange. — Wie die „Madr. Ztg.“ meldet, hat der Minister des Innern unter 22. Januar ein Rundschreiben an die Gouverneure der Provinzen geschickt, wodurch im Namen der Königin verfügt wird, daß sämtliche gegen Blätter anhängig gemachte gerichtlichen Verfolgungen niedergeschlagen werden, mit alleiniger Ausnahme von Verleumdungs-Anklagen, welche von Privaten erhoben worden seien.

Amerika.

Newyork, 12. Jan. [Kälte. — Razzia. — Werbungen.] Das neue Jahr ist hier, namentlich im Westen mit einer so grimmigen Kälte eingetreten, wie man sie seit 1822 nicht erlebt hat. In den nordwestlichen Staaten hatte man mehrere Tage lang einen Thermometerstand von 28 bis 35° unter Null nach der Reaumur'schen Skala. Viele Soldaten sind erfroren. Dass unter solchen Umständen von militärischen Bewegungen keine Rede sein kann, versteht sich von selbst. Nur in Westvirginia fand vor einigen Tagen eine Razzia, oder vielmehr der Versuch zu einer Razzia des Feindes gegen die Baltimore-Ohio-Eisenbahn statt, ward aber durch die Wachsamkeit der Bundesbefreiung vereitelt. Mit den Neuwerbungen geht es recht gut, jedenfalls viel besser, als im vorigen Jahre. Zwei Staaten, Indiana und Connecticut, haben bereits das unter dem letzten Aufgebot des Präsidenten auf sie entfallene Contingent durch Freiwillige gedeckt. Hier im Staate Newyork geht es trotz hoher Werbepremien langsamer und um die gefürchtete Conscription zu verhüten — die er jetzt nicht mehr, wie im Juli v. J. durch Rehabschneiderei und Mordbrennerei abzuwenden hoffen kann — hat sogar der Copperhead-Governor Seymour

endlich seine Autorisation zur Bildung von Negerregimentern ertheilt. Für das erste wurden die Werbelisten am 6. Dez. eröffnet und bereits am 31. Dez. war es mit 1012 Mann complet. Ein zweites ist jetzt in der Bildung begriffen. (Wes. S.)

* * * Breslau, 29. Jan. [Personalien.] In allerhöchster Anerkennung ihrer besonderen Verdienste um die Einquartierung und sonstige Unterstützung der in Ober-Schlesien an der polnischen Grenze untergebrachten Truppen haben 1) der Majoratsb. Graf v. Ballestrem auf Ruda und der Major und Landesälteste v. Tiele-Winkler auf Michowitz den rothen Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife, — 2) der Graf Henckel von Donnersmark jan. in Siemianowitz den rothen Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife, — 3) der Kammerherr Graf Henckel von Donnersmark auf Maclo den königl. Kronenorden 2. Klasse, — 4) die Landräthe des gleiwicher und lublinizer Kreises, Graf v. Strachwitz und Prinz Carl zu Hohenlohe den königl. Kronen-Orden 3. Klasse, — 5) die Schulzen Burek in Ruda, Gollibzuk in Reinersdorf, Przybilla in Roschkowitz, John in Tschlowitz, Pissula in Ponishowitz, Wieczorek in Bodzanowitz, die Wirtschafts-Inspectoren Gottschalk in Roschkowitz, Scholz in Reinersdorf, Heinke in Ponishowitz und Cogho in Michowitz und der Schulreher Kubaczek in Gr.-Dombrowka das allgemeine Ehrenzeichen erhalten. Außerdem vernehmen wir, daß der Guts-pächter Heinke in Kamien als Zeichen allerhöchster Anerkennung eine Vase überendet worden ist.

[Ernennung.] Wie die „Kreuztg.“ hört, ist der Pfarrer Dr. Möller zu Radewormwald zum Consistorialrath und Mitglied des Consistoriums der Provinz Schlesien ernannt worden.

Breslau, 29. Januar. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Friedrich-Wilhelms-Straße Nr. 24 eine messingne Thürllinte; Kupferschmiede-Straße Nr. 2 ein fünf Fuß langes und 1½ Fuß breites Schild von Zinkblech; alte Sandstraße Nr. 4 ein neuer schwarzer Düsselrod mit schwarzem Samttragen, ein schwarzer Tuchrod, ein Paar braune Tuchhosen und eine silberne Taschenuhr.

Angelommen: Seine Durchlaucht Hans Heinrich XI. Fürst von Pleß, Graf zu Hochberg-Fürstenstein, aus Pleß. Se. Durchlaucht Fürst v. Putbus aus Putbus, v. Wizleben, Oberst und Commandeur, aus Wizleben, Ritter Buda, kaiserl. königl. Oberst, aus Ungarn. Ritter Edler, kaiserl. königl. Oberst, aus Wien. (Pol.-Bl.)

= ch. = Oppeln, 28. Januar. Als Zeichen der Anerkennung und Verehrung sämtlicher Mitglieder des Regierungs-Collegii, der Landräthe des Departements und einzelner Stände Oberschlesiens aus denjenigen Kreisen, in welchen der innen Kurzem nach Breslau übergehende Ober-Regierungs-Rath Herr Sack früher als Landrat, beßiglich Landrathamtsverweser fungirt hat, überreichte heut gegen Abend eine Deputation von Collegien-Mitgliedern, an deren Spitze der Herr Ober-Regierungs-Rath v. Teece, demselben ein Theeservice. Dasselbe, hervorgegangen aus der Werkstatt der Hofgoldschmiede Sy und Wagner zu Berlin, besteht aus Theekessel, Theekanne und Sahngesäß, ist von schwerem Silber höchst geschmackvoll ausgeführt und derartig gearbeitet, daß ein Gefäß auf das andere gestellt werden kann. Besondere Erwähnung verdient die sehr kunstreich gearbeitete, als Untersatz des Ganzen dienende Borelius'sche Lampe.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd.	Bar.	Luft-	Wind-	
in Pariser Linten, die Temperatur-	rometer.	Ktemper-	richtung und	Wetter.
tut der Luft nach Raumur.		ratur.	Stärke.	
Breslau, 28. Jan. 10 U. Ab.	328,81	+3,2	W. 2.	Heiter.
29. Jan. 8 U. Mrg.	328,43	2,2	W. 3.	Bedect.

Breslau, 29. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 14 J. 3 J. II.-P. 2 J. 4 J. Gisstand.

Der Barometerstand bei 0 Grd.

in Pariser Linten, die Temperatur-

tut der Luft nach Raumur.

Barometer.

Breslau, 28. Jan. 10 U. Ab.

29. Jan. 8 U. Mrg.

Breslau, 29. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 14 J. 3 J. II.-P. 2 J. 4 J. Gisstand.

Der Barometerstand bei 0 Grd.

in Pariser Linten, die Temperatur-

tut der Luft nach Raumur.

Barometer.

Breslau, 28. Jan. 10 U. Ab.

29. Jan. 8 U. Mrg.

Breslau, 29. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 14 J. 3 J. II.-P. 2 J. 4 J. Gisstand.

Der Barometerstand bei 0 Grd.

in Pariser Linten, die Temperatur-

tut der Luft nach Raumur.

Barometer.

Breslau, 28. Jan. 10 U. Ab.

29. Jan. 8 U. Mrg.

Breslau, 29. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 14 J. 3 J. II.-P. 2 J. 4 J. Gisstand.

Der Barometerstand bei 0 Grd.

in Pariser Linten, die Temperatur-

tut der Luft nach Raumur.

Barometer.

Breslau, 28. Jan. 10 U. Ab.

29. Jan. 8 U. Mrg.

Breslau, 29. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 14 J. 3 J. II.-P. 2 J. 4 J. Gisstand.

Der Barometerstand bei 0 Grd.

in Pariser Linten, die Temperatur-

tut der Luft nach Raumur.

Barometer.

Breslau, 28. Jan. 10 U. Ab.

29. Jan. 8 U. Mrg.

Breslau, 29. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 14 J. 3 J. II.-P. 2 J. 4 J. Gisstand.

Der Barometerstand bei 0 Grd.

in Pariser Linten, die Temperatur-

tut der Luft nach Raumur.

Barometer.

Breslau, 28. Jan. 10 U. Ab.

29. Jan. 8 U. Mrg.

Breslau, 29. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 14 J. 3 J. II.-P. 2 J. 4 J. Gisstand.

Der Barometerstand bei 0 Grd.

in Pariser Linten, die Temperatur-

tut der Luft nach Raumur.

Barometer.

Breslau, 28. Jan. 10 U. Ab.

29. Jan. 8 U. Mrg.

Breslau, 29. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 14 J. 3 J. II.-P. 2 J. 4 J. Gisstand.

Der Barometerstand bei 0 Grd.

in Pariser Linten, die Temperatur-

tut der Luft nach Raumur.

Barometer.

Breslau, 28. Jan. 10 U. Ab.

29. Jan. 8 U. Mrg.

Breslau, 29. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 14 J. 3 J. II.-P. 2 J. 4 J. Gisstand.

Der Barometerstand bei 0 Grd.

in Pariser Linten, die Temperatur-

tut der Luft nach Raumur.

Barometer.

Breslau, 28. Jan. 10 U. Ab.

29. Jan. 8 U. Mrg.

Breslau, 29. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 14 J. 3 J. II.-P. 2 J. 4 J. Gisstand.

Der Barometerstand bei 0 Grd.